

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN HARSUM

Herrn
Bürgermeister
Gundolf Kemnah

31177 Harsum

Jürgen Sander
Ratsherr
Am Bergfeld 18
31177 Hönnersum
Tel: 05127/ 69281

Harsum, 16.05.11

Vergabe von Konzessionsverträgen im Sinne des § 46 Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kemnah,

hiermit bitten ich um Aufnahme des folgenden Antrages als Tagesordnungspunkt der Ratssitzung der Gemeinde Harsum am 30.06.2011 und die Herbeiführung des Beschlusses sowie die Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss.

Vergabe von Konzessionsverträgen im Sinne des § 46 Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

- a) Unterrichtung des Rates über Sachstand, Auswahlkriterien und wirtschaftliches Risiko**
- b) Beschluss des Rates zu den Inhalten des Konzessionsvertrages**

a) Unterrichtung des Rates über Sachstand, Auswahlkriterien und wirtschaftliches Risiko

Wir Grünen wollen die Kommunen unterstützen, ihre Aufgaben wieder selbst zu erbringen. Mit der Liberalisierung des Energiesektors besitzen die Kommunen einen Schlüssel, um die Energieversorgung zu gestalten, die einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz und zum Ausstieg aus der Atomenergie leisten kann: die Neuvergabe der Konzessionen für den Stromnetzbetrieb.

Der Betrieb der Netze eröffnet den Kommunen erst die Perspektive, lokale Energie- und Klimapolitik zu betreiben und energiepolitischen Gestaltungsspielraum zurückzugewinnen, der ihnen in den letzten Jahren von den großen Energieversorgern verwehrt wurde. Diese Gelegenheit besteht im Regelfall nur alle 20 Jahre.

Auch in der Gemeinde Harsum läuft in Kürze der Konzessionsvertrag zum Betrieb des Stromnetzes mit dem bisherigen Konzessionsnehmer aus. Zur Neuvergabe und zukünftigem eigenen Betrieb des Stromnetzes mit einem kompetenten Partner betei-

ligt sich die Gemeinde Harsum an der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Energieversorgung Hildesheimer Land“.

Eine Aufgabe der kommunalen Anstalt ist die Durchführung der Vergabe des Stromnetzes im Wege einer Bündelausschreibung. Auch ist die Anstalt laut Satzung zum Abschluss von Konzessionsverträgen im Namen der jeweiligen Trägergemeinden, so auch im Namen der Gemeinde Harsum, berechtigt.

Nach dem Beschluss über die Errichtung und Beteiligung an der kommunalen Anstalt am 17.06.2010 erfolgte bisher keine Unterrichtung des Rates über den Sachstand der Ausschreibung und über die Auswahlkriterien für die Vergabe der Konzession.

Wir als Grüne halten dieses Vorgehen für intransparent und beantragen daher eine Unterrichtung der Ratsmitglieder und der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Harsum im öffentlichen Teil der Ratssitzung am 30.06.2011.

Wir Grünen bitten in der Unterrichtung insbesondere um die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Modelle des künftigen Stromnetzbetriebes wurden ausgeschrieben?
- Wurden bereits Kriterien für die Auswahl des besten Bieters festgelegt?
Wenn ja, wer hat diese Kriterien festgelegt und warum wurden sie nicht vom Rat der Gemeinde Harsum festgelegt bzw. beschlossen?
Wenn nein, wann werden diese Kriterien festgelegt und von wem?
- Welche Kriterien mit welcher Gewichtung werden Grundlage für die Auswahl des Bieters sein?
- Ist zur Steigerung des Anreizes zum Ausstieg aus der Atomenergie beabsichtigt, die Bieter mit einem hohen Anteil an Atomstromerzeugung im Energiemix, mit einem Malus, d.h. mit Minuspunkten im Auswahlprozess, zu belegen?
Wenn nein, beabsichtigt die Gemeinde Harsum darauf hinzuwirken?

Im Zuge der Beschlussfassung zur Beteiligung an der AöR wurde in der Ratssitzung am 17.06.2010 vorgetragen, dass ein wesentlicher Vorteil der Beteiligung an der AöR die erhöhte Einnahme von Konzessionsabgabe durch eine größere Einwohnerzahl als Bemessungsgrundlage für die Konzessionsabgabe sei. Es wurde dabei offensichtlich davon ausgegangen, dass durch den Zusammenschluss in der AöR nicht mehr die Einwohnerzahl jeder einzelnen Gemeinde sondern die Gesamteinwohnerzahl im Gebiet der AöR als Bemessungsgrundlage für die Konzessionsabgabe dient.

Nach unserer rechtlichen Bewertung kann die AöR mit der Durchführung des Vergabeverfahrens und dem Abschluss des Konzessionsvertrages im Namen der Gemeinde Harsum beauftragt werden. Es wird nach unserer Rechtsauffassung aber auch bei einem Zusammenschluss der Gemeinden in der AöR weiterhin von jeder Gemeinde ein Konzessionsvertrag für das Wegenutzungsrecht im Gemeindegebiet geschlossen werden müssen. Ich verweise hierzu insbesondere auf die Formulierungen in § 2 Abs. 2 Satz 4 bis 6 der AöR-Satzung.

Dies hat zur Folge, dass –unabhängig von der Gesamteinwohnerzahl des Gebiets der AöR – nach der Konzessionsabgabenverordnung auch weiterhin die Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde die Bemessungsgrundlage für die Konzessionsabgabe ist.

Ich bitte daher um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

- Wird diese Rechtsauffassung von der Gemeinde Harsum geteilt?
 - a. Wenn nein, welche Rechtsauffassung hat die Gemeinde Harsum?
 - b. Wenn ja, welchen Vorteil verspricht sich die Gemeinde Harsum von der Beteiligung an der AöR, wenn die Höhe der Konzessionsabgabe gegenüber dem bisherigen Konzessionsvertrag unverändert bleibt?

Ist überhaupt mit wirtschaftlichen Vorteilen für die Gemeinde Harsum zu rechnen?

Wenn ja, woraus werden sich diese unter Abzug der Gründungskosten und der jährlichen Kosten/des Aufwands für den Betrieb der AöR ergeben?

Wie schätzt die Gemeinde Harsum insgesamt das eigene wirtschaftliche Risiko der Beteiligung an der AöR ein?

b) Beschluss des Rates zu den Auswahlkriterien und den Inhalten des Konzessionsvertrages

Bei der Neuvergabe der Stromnetz-Konzessionen stärkt der Wettbewerb von mehreren Energieversorgungsunternehmen den energiepolitischen Gestaltungsspielraum der Kommune für eine klimafreundliche kommunale Energiepolitik. Um diesen Gestaltungsspielraum auszufüllen, sollte die Gemeinde Harsum energiepolitische Akzente in der Vergabe der Stromnetz Konzession setzen und eine kommunale Energiewende einleiten. Hierbei ist auf die drei E – Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz – zu setzen.

Häufig werden zwischen Kommunen und den großen Energieversorgern beim Abschluss des Konzessionsvertrages keine Verhandlungen geführt sondern es werden die Kommunen benachteiligende Muster-Konzessionsverträge der Energieversorger geschlossen. Die Grünen lehnen die Unterzeichnung solcher von den Energiekonzernen bestimmter Muster-Konzessionsverträge ab und setzen sich für die Aufnahme kommunalfreundlicher Regelungen in die Konzessionsverträge ein.

Zur Aufnahme kommunalfreundlicher Regelungen in den Konzessionsvertrag bitte ich folgende Beschlussfassung des Rates herbeizuführen:

Der Rat der Gemeinde Harsum beauftragt die Verwaltung damit dafür zu sorgen, dass folgende Inhalte von der kommunalen Anstalt „Energieversorgung Hildesheimer Land“ in den im Namen der Gemeinde Harsum abzuschließenden Konzessionsvertrag zum Betrieb des Stromnetzes aufgenommen werden:

- a. Sonderkündigungsrecht der Konzessionsverträge nach 10 bzw. 15 Jahren
- b. Klares Bekenntnis beider Vertragspartner zum Ausbau Erneuerbarer Energien, dezentraler Erzeugungsstrukturen und zur Einrichtung einer kommunalen Schlichtungsstelle für Streitfälle
- c. Regelmäßige Berichtspflichten des Energieversorgers zur Entwicklung dezentraler Erzeugungsstrukturen und Erneuerbarer Energien
- d. Regelmäßige und klare Berichtspflichten zu kaufmännischen und historischen Netzdaten sowie die Vorlage eines Konzeptes zur Netzentflechtung.